

Verantwortungspolitik als Realitätspolitik

Rede des deutschen Außenministers vor der 52. UN-Generalversammlung
(24. September 1997)

KLAUS KINKEL

Herr Präsident, ich beglückwünsche Sie zur Übernahme Ihres verantwortungsvollen Amtes. In dieser Sitzungsperiode stehen wichtige Entscheidungen an. Ich wünsche Ihnen dabei eine glückliche Hand. Botschafter Razali danke ich für sein außergewöhnliches Engagement. Er hat uns allen bewußt gemacht, welch große Verantwortung wir in dieser Reformphase tragen. Der Generalsekretär hat dies in der eindrucksvollen Vorstellung seiner Reformvorschläge erneut unterstrichen.

Nirgendwo auf der Welt fühlt man so wie hier in diesen Tagen der UN-Generalversammlung, daß wir Menschen – wo wir auch herkommen und welche Hautfarbe wir auch besitzen – ein gemeinsames Schicksal haben, daß wir – Nord und Süd, kleine und große Länder – einander brauchen. Millionen von Menschen überall auf der Welt – vor allem die jüngeren – fragen sich, ob wir – die Politiker und Delegierten von 185 Nationen – hieraus die richtigen Konsequenzen ziehen; ob wir den politischen Willen aufbringen, gemeinsam etwas für ihre Sicherheit, ihre Lebenschancen, den Schutz ihrer Rechte zu tun, oder ob wir auf ihre Kosten so weiter machen wie bisher und unsere natürlichen Lebensgrundlagen vergeuden und zerstören. Wer wie ich erwachsene Kinder hat, weiß, wie skeptisch diese Generation gegenüber den Fähigkeiten der Politik geworden ist. Ein Grund zum Nachdenken – für uns alle – und zum Handeln, und zwar hier und jetzt. Diese Welt, über die wir heute sprechen, gehört nicht uns allein. Wir müssen sie auch für künftige Generationen erhalten! Und das schaffen wir nur gemeinsam, denn wir sind eine Überlebensgemeinschaft. Es gibt nur ein Boot für alle, unseren verletzlichen blauen Planeten, und nur eine gemeinsame Zukunft – im Guten wie im Schlechten. Das ist die Realität an der Schwelle des dritten Jahrtausends. Und deshalb ist Verantwortungspolitik keine Utopie, sondern die einzig mögliche Realitätspolitik unserer Zeit.

Die Programme und Fonds der Weltorganisation – UNICEF, UNDP, UNFPA und WFP – verfügen über 4,6 Mrd Dollar pro Jahr für wirtschaftliche und soziale Hilfe. Das sind etwa 80 Cent pro Erdbewohner. Die Regierungen dieser Welt gaben 1994 aber circa 767 Mrd Dollar für Rüstung aus – etwa 134 Dollar pro Erdbewohner. Dieses Mißverhältnis kann und darf so nicht bleiben.

Wir alle müssen über den Horizont unserer nationalen Interessen hinausfinden. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, und wir dürfen nicht nur hierherkommen, reden, zuhören und dann wieder ein Jahr lang alles beim alten belassen. Wir haben die Pflicht und die Verantwortung, unseren Kindern und Enkeln morgen eine bewohnbare und menschenwürdige Welt zu hinterlassen. Und deshalb müssen wir jetzt – heute – etwas dafür tun:

- Unsere Erdatmosphäre muß geschützt werden – durch Reduzierung der Treibhausgase.
- Wir müssen die mörderischen Anti-Personen-Minen ächten – durch einen Beitritt zum Ottawa-Prozeß. Wir dürfen nicht hinnehmen, daß in der Erde so vieler Länder unserer Welt noch Hunderte von Millionen von Anti-Personen-Minen verborgen sind.
- Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen muß verhindert werden.
- Wir müssen die UN straffen und verschlanken.
- Und vor allem: Alle müssen fristgerecht und vollständig ihre Beiträge zahlen!

Das ist die Meßlatte, der Prüfstein unseres Verantwortungsbewußtseins.

Die Chance für erfolgreiches Handeln ist ja da. Es hat sich doch – entgegen allen Unkenrufen – gezeigt: Internationale Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen funktioniert. Fehl- und Mangelernährung konnte seit 1960 um ein Drittel gemindert werden. Analphabetismus um 50 Prozent. Den UN kommt hier das Hauptverdienst zu. Auch die Kindersterblichkeit konnte seit 1960 halbiert werden – ein großer Erfolg für das UNICEF.

Zwischen 1990 und 1995 ist die Weltbevölkerung jährlich um 1,48 Prozent gewachsen, weit weniger als die 1,72 Prozent zwischen 1985 und 1990. Das gibt Hoffnung, daß wir den Höhepunkt der Bevölkerungsexplosion hinter uns haben – ein großer Erfolg auch der Arbeit des Bevölkerungsfonds der UN. Es wurde dabei auch viel für die Verbesserung der Lage der Frauen getan. Das ist wichtig, denn bei allen großen sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit kommt es wesentlich auf die Frauen an. Sie sind die natürlichen Fürsprecher künftiger Generationen. Deshalb bleibt die Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung – und zwar nicht nur dem Gesetz nach – ein zentrales Anliegen.

Die Weltmenschenrechtskonferenz in Wien, der Umweltgipfel in Rio, die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, der Sozialgipfel in Kopenhagen und die Weltfrauenkonferenz in Beijing haben gezeigt: Die Strategien für eine bessere und gerechtere Welt sind da. Woran es fehlt, ist der politische Wille zur Umsetzung. Wir müssen lernen, gemeinsame Interessen vor Partikularinteressen zu stellen. Wir müssen anfangen, mehr an die Zukunft statt nur an die Gegenwart zu denken. Der erste Schritt ist, die Organisation zu reformieren und zu stärken, die all dies verkörpert – die Vereinten Nationen, unsere Ver-

einten Nationen. Geredet worden ist genug, die Zeit läuft uns davon. Diese 52. Generalversammlung muß Entscheidungen treffen, der Reformstau muß in dieser Sitzungsperiode überwunden werden. Richtig: Die Politik verfügt über keinen Zauberstab, mit dem alles in der Welt in Ordnung gebracht werden könnte. Und ich räume ein: Als Politiker ist es für mich – und ich gehe davon aus, für die anderen Anwesenden ebenso – bedrückend zu sehen, daß man auch in verantwortlicher Position oft nur wenig verändern kann. Aber – das enthebt uns nicht der Verantwortung, alles, aber auch alles in unseren Kräften Stehende zu unternehmen, um notwendige Veränderungen und Fortschritte durchzusetzen.

Zu tun gibt es mehr als genug. Diese Welt ist nach wie vor zutiefst ungerecht! Millionen von Menschen haben von der ersten Sekunde ihres Lebens an kaum eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben. Über 20 Millionen Kinder sind nach Angaben des UNICEF weltweit auf der Flucht. Bei den Massakern in Rwanda allein kamen rund 300 000 Kinder ums Leben. Als Folge des seit 17 Jahren andauernden Kriegs in Afghanistan starben rund 280 000 Kinder an Unterernährung und Krankheiten. Der Bürgerkrieg in Kambodscha hat rund 350 000 Kinder zu Waisen gemacht. Alle 90 Minuten wird ein Kind durch eine Landmine verstümmelt. Doch die Zukunft und die Hoffnung dieser Welt – ob in Nord oder Süd –, das sind unsere Kinder, die schwächsten Glieder jeder Gesellschaft. Kleine Menschen, die große Rechte brauchen. Wieviel schlechter würde es ihnen gehen, wenn es die Vereinten Nationen nicht gäbe? Wo bliebe das Weltgewissen, die Mahnung zur Nachdenklichkeit und Solidarität mit diesen Kindern, wenn wir die Uno verkümmern ließen?

In diesem Augenblick engagieren sich rund um den Globus über 25 000 Soldaten, zivile Mitarbeiter und Angehörige von Nichtregierungsorganisationen für die Sache des Friedens. Ihnen allen gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Heute vor einer Woche haben in Bosnien fünf Deutsche, darunter der Stellvertreter des Hohen Repräsentanten, Botschafter Gerd Wagner, fünf Amerikaner, ein Brite und ein Pole bei einem tragischen Unglücksfall ihr Leben gelassen. Wir trauern um sie und teilen den Schmerz ihrer Angehörigen. Der Tod dieser Menschen ist eine Mahnung zum Frieden. Sie wollten Bedrängten in Not helfen und haben ein Stück Hoffnung nach Bosnien und zu den Menschen, die vor Ort tätig sind, gebracht. Diese Hoffnung darf nicht zerstört werden!

Ich war letzten Samstag bei der Trauerfeier in Sarajevo; dort wurde mir erneut – und ich habe die Region mehrfach besucht – der innere Zwiespalt der Menschen deutlich. Haupthindernis für einen dauerhaften Frieden in der Region sind nach wie vor Haß und Angst zwischen den verschiedenen Volksgruppen. Andererseits weiß der Großteil der Bosnier – trotz der schlimmen Ereignisse der letzten Jahre, trotz Vergewaltigungen und ethnischer Säuberung –, daß es für sie und ihre Kinder keine Zukunft gibt, wenn Haß und Angst nicht überwunden werden. Ich fordere deshalb alle politischen Führer in Bosnien zum Umdenken auf, zu einer ›Aktion Versöhnung‹. Die internationale Gemeinschaft hat Hilfe bereitgestellt, hat Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Wir haben eine Menge getan. Wir haben vor Ort Verantwortung übernommen, und wir wollen die Früchte unserer Bemühungen sehen. Wer selbst in Sicherheit und Frieden lebt, hat die Verpflichtung, anderen zu helfen. Über 300 Soldaten haben bislang in Bosnien für den Frieden ihr Leben gelassen; allein mein Land hat für den Friedensprozeß und die über 350 000 Flüchtlinge in Deutschland rund 17 Mrd DM bereitgestellt. Das ist eine Menge Geld, und diejenigen, für die es gedacht ist, werden auf irgendeine Weise reagieren müssen und uns klare Anzeichen für ihre Bereitschaft zur Durchführung der Abkommen geben müssen. Die Hilfe von außen – auch die militärische – kann jedoch nicht unbegrenzte Zeit andauern, und sie wird auf gar keinen Fall denen zuteil werden, die Frieden und Versöhnung vereiteln. Mit der Unterminierung des Friedens, dem Aufhetzen der Leute und dem Hintertreiben der Umsetzung der Abkommen von Dayton – vor allem in der Republika Srpska – muß es ein Ende haben. Ich mahne mit Nachdruck alle politischen Kräfte: Nutzen Sie die Zeit, die Ihnen bleibt, für einen ernsthaften Neuanfang und sorgen Sie dafür, daß Karadzic und andere mutmaßliche Kriegsverbrecher und Friedensfeinde vor das Haager Tribunal kommen! Diese Herren sollen nicht mehr ruhig schlafen! Diese Forderung muß jedoch die internationale Gemeinschaft stellen, nicht nur Deutschland: Diese Herren sollen nicht mehr ruhig schlafen!

Wir Europäer haben in diesem Jahr viel Positives für unseren Kontinent, für eine friedliche Zukunft nachfolgender Generationen erreicht. Es wächst bei uns zusammen, was zusammeng gehört. Und das auf einem Kontinent, der jahrhundertlang mit sich im Kriegszustand war. Europäische Union und NATO öffnen sich schrittweise für die neuen europäischen Demokratien, Rußland und die Ukraine verbinden sich mit beiden Organisationen zu einer engen Partnerschaft. Die Weltöffentlichkeit kann sich darauf einstellen: 1999 werden wir Europäer – fristgerecht und in Einklang mit den vertraglich festgelegten Stabilitätskriterien – unsere gemeinsame europäische Währung, den Euro, einführen. Die Erweiterung der Europäischen Union und der Euro sind histo-

rische Schritte: Zukunftssicherung für kommende Generationen, wir sie noch vor zehn Jahren kaum jemand für möglich gehalten hätte. Ein Zurück wird es in Europa nicht geben.

Dabei sind wir uns bewußt, daß Europa nur ein kleiner Teil der viel größeren Weltbaustelle ist. Die Vorboten der neuen Zeit pochen überall an die Tür. Nichts ist mehr, wie es einmal war. Die Hoffnungen und Sehnsüchte der Bürger überall auf der Welt sind jedoch gleich geblieben: Frieden, Arbeit, ein Dach über dem Kopf, Schutz vor Verbrechen, eine Schule für die Kinder. Und dementsprechend sind auch die Ziele und Ideale der Charta heute genauso gültig wie 1945: Frieden, tragfähige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Schutz der Menschenrechte und Demokratie. Das ist eine Einheit, da gibt es keine Rangfolge. 80 Prozent der Arbeit der UN dienen der Überwindung der Armut. Zu Recht, denn dies bleibt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die ungelöste große Aufgabe. 1,3 Milliarden Menschen leben in Armut, fast ein Viertel der Menschheit, 840 Millionen sind chronisch unterernährt. In der Agenda für die Entwicklung haben wir uns für den Kampf gegen die Armut auf den richtigen Kurs geeinigt: auf verantwortliche Regierungsführung, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit für den Bürger, regionale Zusammenarbeit und internationale Verflechtung.

Nach den ASEAN-Staaten, dem MERCOSUR und der sich erweiternden SADC wollen sich jetzt auch die Staaten Mittelamerikas enger zusammenschließen. Es wird immer deutlicher, daß dies der Weg des Fortschritts ist. Überall auf der Welt verstärkt sich dieser Trend zur engeren multilateralen Zusammenarbeit, überall wird immer deutlicher: Dieser Weg bedeutet Zukunft und Fortschritt, Sicherheit und Wohlstand. Informationszeitalter mit ungeahnten Möglichkeiten einerseits, Abschottung und entmündigte Bürger andererseits – das paßt nicht zusammen.

Die Globalisierung ist ein großer Gleichmacher: Sie stellt Industrie- wie Entwicklungsländer im Kern vor dieselbe Frage – nehmen wir die Herausforderung des »einen Weltmarktes« an, oder bleiben wir zurück? Viele Schwellen- und Entwicklungsländer haben den Aufbruch gewählt – mit Erfolg. An sie ging der Großteil des weltweiten Stroms der Direktinvestitionen, der 1996 um 8 Prozent auf fast 350 Mrd Dollar zugenommen hat. Die anderen sind aber nicht vergessen. Für sie wurde im Rahmen des G-8-Prozesses die Neue Globale Partnerschaft für die Entwicklung begründet. Im Juni begann die Umsetzung in Denver – vor allem mit Blick auf die Länder Afrikas südlich der Sahara. Deutschland hat seit 1978 den am wenigsten entwickelten Ländern sowie weiteren Binnenländern Afrikas Forderungen von über 9 Mrd DM erlassen. Diese Länder bleiben für uns der Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit. Für die afrikanischen Staaten südlich der Sahara hat Deutschland von 1991 bis 1995 16,3 Mrd DM aufgebracht. Darauf sind wir stolz.

Ich begrüße, daß sich der Sicherheitsrat morgen in einer besonderen Sitzung mit der Lage in Afrika befaßt. Dort hat es in den letzten Jahren viele positive Entwicklungen gegeben – das wird oft vergessen. Licht und Schatten liegen jedoch nach wie vor eng beisammen. Ich nenne nur Kongo-Brazzaville, Sierra Leone, Somalia und vor allem das Gebiet der Großen Seen. Mein Land, die Bundesrepublik Deutschland, hat sich in all diesen Konflikten humanitär und politisch engagiert. Und wir erkennen an: Die afrikanischen Staaten machen bedeutende Eigenanstrengungen zur Konfliktbeilegung – in der OAU, in den subregionalen Organisationen. Dabei müssen wir alle sie weiter unterstützen. Die eigentlichen Probleme in Afrika liegen jedoch tiefer – im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, in der mangelnden Kohäsion der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser große und wichtige, 23 Prozent der Landfläche der Erde umfassende Nachbarcontinent Europas mit 800 Millionen Menschen nur dann eine Chance auf Stabilisierung und wirtschaftliche Entwicklung hat, wenn er den Weg regionaler Zusammenarbeit einschlägt. Das stabilisiert, wo der einzelne Staat allein zu schwach ist. Das Südliche Afrika ist ein positives Beispiel. In Berlin wurde 1994 die Zusammenarbeit zwischen SADC und der Europäischen Union auf eine neue Stufe gehoben. Im Juni haben wir mit den afrikanischen Kollegen den Rahmen des Nachbarschaftsdialogs zwischen der Europäischen Union und der OAU neu abgesteckt. Europa bleibt an Afrikas Seite!

Dazu gehört auch, daß wir Ländern wie Angola oder Mosambik dabei helfen, ihre mörderische Minenplage loszuwerden. Bislang erinnerte das Minenräumen per Hand an das Abtragen einer Sanddüne mit dem Fingerhut. Das darf uns nicht genug sein. Wir brauchen maschinelle, sichere und raumgreifende Minenräumtechnik. In Oslo wurde jetzt ein Zeichen der Hoffnung gesetzt. 80 Staaten haben sich auf eine umfassende und nachprüfbare Ächtung von Anti-Personen-Minen geeinigt. Dem Generalsekretär möchte ich für sein großes Engagement in dieser Sache danken. Wer wie ich die armen verstümmelten Opfer in Kambodscha, in Mosambik, in Bosnien gesehen hat, weiß: Diese heimtückischen Tötungsmaschinen sind tiefest unmoralisch. Ich appelliere deshalb an alle Staaten, die noch außerhalb stehen: Treten Sie dem Ottawa-Prozeß bei, helfen auch Sie mit, daß dieses Teufelszeug von der Erde verschwindet!

Die Welt hat sich von Grund auf verändert – aus dem Geist der Freiheit. Aber diese neue Freiheit und das, was diese Freiheit mit sich bringt, ist auch eine große Bewährungsprobe für uns alle. Nicht nur in puncto Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch in puncto unseres Zusammenhalts, unserer Fähigkeit zu Toleranz und Gemeinsamkeit und Öffnung der Märkte. Der Ost-West-Konflikt ist überwunden. Jetzt stehen wir vor der Frage: Betreiben wir gemeinsam eine Politik der Zukunftssicherung auch für künftige Generationen, oder lassen wir es zu, daß wieder neue Feindbilder die Menschen entzweien? Einen Zusammenstoß der Kulturen darf es nicht geben! Deshalb muß der Dialog der Kulturen und Weltreligionen auf eine neue Stufe gehoben werden. Das ist für

mich die geistige Herausforderung des beginnenden 21. Jahrhunderts. Denn nur so werden wir die Annäherung der Standpunkte schaffen und die Energiemobilisieren, die wir für die gemeinsame Lösung der großen Menschheitsprobleme brauchen. Ich rege an, daß wir hier in den UN in geeigneter Weise darüber nachdenken, wie wir diesem Dialog einen neuen weltweiten Anstoß geben können. Die Frage ist wichtig genug. Hier liegt ein großes Potential an Energie und Innovation brach. Und die Vereinten Nationen sind der geeignete Katalysator, um es zu erschließen.

Jedoch kann und darf es mit Terroristen keinen Dialog geben! In Mostar, in Jerusalem, in Kairo hat der Terror wieder blutig zugeschlagen. An Scheußlichkeit kaum mehr zu überbieten ist die jüngste Bluttat in Algerien. Hier stockt einem wirklich der Atem. Wie lange kann die Weltgemeinschaft hiervor ihre Augen verschließen? Ich weiß, wie schwierig es ist, als Außenstehender zu helfen, doch darf die Weltgemeinschaft das grausame nächtliche Morden gänzlich unschuldiger Menschen nicht hinnehmen, ohne aufzustehen und dagegen anzugehen. Wir sind gegenüber diesen gemeinen Mordtaten an zumeist unbeteiligten Dritten nicht hilflos. In der G-8 haben wir in Denver gefordert: Alle Staaten müssen den UN-Konventionen gegen den Terrorismus beitreten. Wir müssen dem Terrorismus weltweit mit aller Entschlossenheit und allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln einen Riegel vorschieben! Ich fordere diese Generalversammlung auf, die von der G-8 vorgeschlagenen Verhandlungen über eine Konvention gegen terroristische Bombenanschläge noch in dieser Sitzungsperiode zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen! Das Prinzip »Auslieferung oder angemessene Bestrafung« bleibt unser Leitprinzip im Kampf gegen den Terrorismus. Es darf keine Zufluchtsorte für Terroristen geben. Wir brauchen eine weltweite lückenlose Anti-Terrorismus-Front. Gegenüber fanatischen Mördern helfen nur das Gesetz, konsequente polizeiliche und richterliche Maßnahmen. Und das Umfeld an Sympathie für die Ziele der Terroristen muß politisch ausgetrocknet werden – das heißt Anpacken der zumeist dahinter stehenden sozialen Belange.

Ich habe auf meiner letzten Nahostreise mit vielen Bürgern gesprochen – in Jerusalem, in Bethlehem, in Hebron, in den Flüchtlingslagern in Gaza. Ich habe die Ängste und Sorgen gespürt. Wer die Not der Flüchtlingslager gesehen hat, weiß: Die Menschen dort müssen endlich wieder eine Perspektive bekommen. Sie müssen wieder hoffen können, daß der Friedensprozeß auch ihnen Vorteile bringen kann, daß die Gewalt aufhört, daß es wieder Arbeit und genügend Nahrung gibt, daß die Kinder zur Schule gehen können. Damit sich diese Hoffnung bewahrheitet, ist von beiden Seiten viel guter Wille verlangt: Präsident Arafat muß alles in seiner Macht Stehende tun, um dem Terror ein Ende zu bereiten. Die israelische Regierung muß alles unterlassen, was das Vertrauen der palästinensischen Bevölkerung in den Friedenswillen Israels untergräbt. Die Siedlungsfrage ist und bleibt hierfür die Nagelprobe. In Har Homa weiterzubauen verschärft die Krise. Deswegen muß es ein Moratorium geben: nur das öffnet das Tor zur Fortsetzung der Friedensgespräche.

Zum Iran: Die neue Regierung hat einen neuen Ton angeschlagen. Es muß sich noch erweisen, ob dies auch zu einer neuen konstruktiven Politik führt – vor allem, was den Nahost-Friedensprozeß, die Menschenrechte und das Völkerrecht angeht. Deutschland hat zum iranischen Volk traditionell enge und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir bleiben – trotz allem, was war, ungeachtet der Mykonos-Affäre – gesprächsbereit. Es liegt an der iranischen Regierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir freuen uns, daß Frau Mary Robinson, die neue Hochkommissarin für Menschenrechte, ihr Amt angetreten hat. Nirgendwo sonst ist eine neue Kultur des Dialogs so notwendig wie beim Schutz dieser Rechte. Hier geht es um eine Grundfrage des Weltfriedens und der globalen Entwicklung. Eine Gesellschaft, die die Menschenrechte nicht respektiert, und dazu gehört auch das Recht auf Entwicklung, blockiert sich selbst. Unsere Politik in dieser Frage ist auf Dialog und Respektierung unterschiedlicher Kulturen gegründet. Aber für uns gilt auch das Wort von Papst Johannes Paul II.: »Wenn Du den Frieden willst, respektiere das Gewissen der Menschen!« In keiner Kultur, in keiner Religion wird der Mensch rechtlos gestellt, wird Mord und Folterung gutgeheißen. Und kein politisches Ziel kann das rechtfertigen.

Wir brauchen einen Internationalen Strafgerichtshof. Im Sommer 1998 wollen wir in Rom seine Satzung ausarbeiten. Bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen des Angriffskrieges muß der Gerichtshof tätig werden können. Und zwar immer, wenn nationale Gerichte nicht vorhanden oder nicht fähig beziehungsweise bereit sind, diese Straftaten zu verfolgen. Rwanda und Srebrenica sind Mahnung: Solche Kardinalverbrechen dürfen nicht ungesühnt bleiben!

Beim Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist unsere Verantwortung für nachfolgende Generationen besonders gefragt. Deshalb darf der Geist von Rio nicht verloren gehen. Das ist der Sinn der Umweltinitiative, für die sich Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit Brasilien, Südafrika und Singapur einsetzt. Die Klimakonferenz in Kyoto im Dezember wird ein wichtiger Test für die Umweltverantwortung der Industriestaaten sein. In Deutschland werden bis zum Jahre 2010 die Treibhausgase – gemessen am Jahre 1990 – um 25 Prozent reduziert werden. Gemeinsam mit unseren EU-Partnern fordern wir die anderen Industrieländer zu einer Reduzierung von wenigstens 15 Prozent auf. Damit würde ein Stück Zukunftsverantwortung wahrgenommen. Wenn wir auf die Luftverschmutzung in Südasien schauen, wird uns die drängende Notwendigkeit des Einvernehmens über ein Wald-Übereinkommen um so bewußter. Wir müssen dem skrupellosen Abrennen der Wälder zur Landerschließung Einhalt gebieten. Wer seine eigenen natürlichen Ressourcen dezimiert und zerstört, macht uns alle zu Verlierern. Die elfte Stunde rückt näher.

In zwei Wochen fällt in Rom die Entscheidung über den Sitz des Sekretariats der Wüstenkonvention. Ich bitte Sie um Ihre Stimme für Bonn. Das Sekretariat der Klimarahmenkonferenz ist bereits bei uns. Es spricht viel dafür, beide Sekretariate zusammenzulegen.

Diese Generalversammlung steht an einem Scheideweg: Entweder wir überwinden jetzt den Reformstau und beenden endlich die ausschließliche Beschäftigung mit uns selbst, oder die UN werden politisch an Bedeutung verlieren. Alle Regionalorganisationen, Industriestaaten, Entwicklungsländer und Ungebundene stehen gemeinsam in der Pflicht, die Reformen, über die wir so lange schon diskutieren, endlich in Gang zu bringen! Und das in ganzer Breite: im Wirtschafts- und Sozialbereich, in puncto Sicherheitsrat und bei den Finanzen.

Der Generalsekretär hat ein mutiges Reformpaket geschnürt. Auch wenn wir nicht mit allen Details übereinstimmen – wir unterstützen es als Ganzes! Und ich appelliere an alle Mitgliedstaaten: Wir dürfen diese Vorschläge nicht zerreden, sondern müssen rasch darüber entscheiden, damit die Reform verwirklicht werden kann. Die UN müssen straffer, schlanker und effizienter gemacht werden. Was durch die Reform erspart wird, soll der Entwicklungshilfe zugute kommen.

Der Sicherheitsrat muß die politischen Realitäten von heute widerspiegeln. Hierzu gehört auch die gewachsene Bedeutung Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und der Karibik. Die Diskussion hierüber sollte nicht künstlich verlängert

werden. Dieses wichtigste Organ der UN kann nicht glaubhaft und effektiv der Friedenshüter des 21. Jahrhunderts sein, wenn es in seiner Zusammensetzung im Grunde bei 1945 verharret. Ich freue mich, daß eine große Zahl von Mitgliedstaaten auch das wiedervereinigte Deutschland als einen Kandidaten für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat ansieht. Wir können – im Falle unserer Wahl – einen guten Beitrag leisten, einen Beitrag im Geiste der Charta. Vor zwei Jahren, am 50. Jahrestag der Gründung dieser Organisation, haben wir uns feierlich verpflichtet, dem nächsten Jahrtausend eine Uno zu übergeben, die so ausgestattet und finanziert ist, daß sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Dieses Versprechen gilt es einzulösen – von allen! Das heißt in erster Linie vollständige, pünktliche Begleichung der Beitragsschulden, denn ohne Geld ist diese Organisation machtlos. Der Vorschlag der Europäischen Union zur Reform der Beitragsskala liegt auf dem Tisch. Es geht um eine gerechte Lastenverteilung.

In Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: »Alle Menschen sind frei und an Würde und Rechten gleich geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.« Diese Vision darf nicht verloren gehen: die Vision einer Welt, in der nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt; einer Welt, in der sich die Starken und die Schwachen gut aufgehoben fühlen; einer Welt, in der wir leben und die wir mit gutem Gewissen unseren Kindern und Enkeln überlassen können.

Beitragsschlüssel für den Haushalt der Vereinten Nationen 1998 bis 2000

Mitgliedstaat	Prozent			Mitgliedstaat	Prozent		
	1998	1999	2000		1998	1999	2000
Vereinigte Staaten	25,000	25,000	25,000	Kasachstan	0,124	0,066	0,048
Japan	17,981	19,984	20,573	Ungarn	0,119	0,120	0,120
Deutschland	9,630	9,808	9,857	Algerien	0,116	0,094	0,086
Frankreich	6,494	6,540	6,545	Chile	0,113	0,131	0,136
Italien	5,394	5,432	5,437	Kolumbien	0,108	0,109	0,109
Großbritannien	5,076	5,090	5,092	Rumänien	0,102	0,067	0,056
Rußland	2,873	1,487	1,077	Irak	0,087	0,045	0,032
Kanada	2,825	2,754	2,732	Peru	0,085	0,095	0,099
Spanien	2,571	2,589	2,591	Usbekistan	0,077	0,037	0,025
Niederlande	1,619	1,631	1,632	Philippinen	0,077	0,080	0,081
Brasilien	1,514	1,470	1,471	Nigeria	0,070	0,040	0,032
Australien	1,471	1,482	1,483	Ägypten	0,069	0,065	0,065
Schweden	1,099	1,084	1,079	Luxemburg	0,066	0,068	0,068
Belgien	1,096	1,103	1,104	Syrien	0,062	0,064	0,064
Korea (Republik)	0,955	0,994	1,006	Aserbaidshjan	0,060	0,022	0,011
Mexiko	0,941	0,980	0,995	Jugoslawien	0,060	0,034	0,026
Österreich	0,935	0,941	0,942	Slowenien	0,060	0,061	0,061
China	0,901	0,973	0,995	Pakistan	0,060	0,059	0,059
Argentinien	0,768	1,024	1,103	Georgien	0,058	0,019	0,007
Dänemark	0,687	0,691	0,692	Kroatien	0,056	0,036	0,030
Ukraine	0,678	0,302	0,190	Slowakei	0,053	0,039	0,035
Norwegen	0,605	0,610	0,610	Oman	0,050	0,051	0,051
Saudi-Arabien	0,594	0,569	0,562	Uruguay	0,049	0,048	0,048
Finnland	0,538	0,542	0,543	Lettland	0,046	0,024	0,017
Türkei	0,440	0,440	0,440	Litauen	0,045	0,022	0,015
Griechenland	0,368	0,351	0,351	Bulgarien	0,045	0,019	0,011
Portugal	0,368	0,417	0,431	Moldau	0,043	0,018	0,010
Südafrika	0,365	0,366	0,366	Marokko	0,041	0,041	0,041
Israel	0,329	0,345	0,350	Kuba	0,039	0,026	0,024
Indien	0,305	0,299	0,299	Zypern	0,034	0,034	0,034
Iran	0,303	0,193	0,161	Katar	0,033	0,033	0,033
Polen	0,251	0,207	0,196	Island	0,032	0,032	0,032
Venezuela	0,235	0,176	0,160	Korea (Demokratische Volksrepublik)	0,031	0,019	0,015
Irland	0,223	0,224	0,224	Tunesien	0,028	0,028	0,028
Neuseeland	0,221	0,221	0,221	Armenien	0,027	0,011	0,006
Vereinigte Arabische Emirate	0,177	0,178	0,178	Estland	0,023	0,015	0,012
Indonesien	0,173	0,184	0,188	Ecuador	0,022	0,020	0,020
Tschechien	0,169	0,121	0,107	Brunei	0,020	0,020	0,020
Malaysia	0,168	0,180	0,183	Guatemala	0,019	0,018	0,018
Singapur	0,167	0,176	0,179	Trinidad und Tobago	0,018	0,017	0,016
Belarus	0,164	0,082	0,057	Bahrain	0,018	0,017	0,017
Libyen	0,160	0,132	0,124	Gabun	0,018	0,015	0,015
Thailand	0,158	0,167	0,170	Costa Rica	0,017	0,016	0,016
Kuwait	0,154	0,134	0,128	Dominikanische Republik	0,016	0,015	0,015